

Estland

Wim van Meurs

Es war sowohl innen- wie außenpolitisch ein relativ ruhiges Jahr für Estland ohne Wahlen oder größere parteipolitische Konflikte. Nicht zuletzt wegen der sich weiter verdichtenden Integration Estlands in euroatlantische Strukturen sind die Beziehungen zu Moskau nach wie vor angespannt, obwohl größere Krisen ausblieben. Besorgnis in Politik und Öffentlichkeit erregte vor allem die drohende Überhitzung der Volkswirtschaft mit Lohnzuwächsen, die weit höher sind als die Preissteigerungen, wodurch einerseits die Disparitäten zwischen Berufsgruppen und Regionen weiter zunehmen und andererseits die Konkurrenzvorteile des Standorts Estland für manche Industriezweige in Frage gestellt werden.

Wirtschaft und Außenhandel

Angesichts der rasanten Steigung von Löhnen und Gehältern (über 20% jährlich) sowie der Preise für Konsumgüter diskutierten estnische Analysten 2007 verschiedene Szenarien zur Beendigung dieser eindeutigen wirtschaftlichen Überhitzung. Viele meinen, die Zielsetzung der Regierung Ansip, 2008-2011 durch einen Haushaltsüberschuss von 0,5% des BNP die Volkswirtschaft zu mäßigen, wäre nicht ausreichend. Außerdem plante die Regierung für diese Periode eine Senkung des Einkommenssteuersatzes auf 15% und eine Erhöhung des Steuerfreibetrages. Angesichts der sinkenden Wachstumszahlen (deutlich unter 6% für die nächsten paar Jahre) hoffte man auf eine „weiche Landung“.¹ Paradoxerweise könnten die russischen Handelssanktionen gegen das kleine Nachbarland wegen des „Ehrenmalstreits“ im Frühjahr 2007 und auch die US-Immobilienkrise dazu beigetragen haben, die überreizte Expansion der estnischen Wirtschaft zu mäßigen, ohne das Land in eine Rezession zu stürzen.

Angesichts der steigenden Inflation von über 5% ist das einstige Ziel einer schnellen Euro-Einführung derzeit kein Thema (frühestens 2011). Die positive Folge des Wachstums ist, dass Estlands Prokopfeinkommen zweidrittel des EU-Durchschnitts erreicht hat. Trotz der derzeit noch niedrigen Arbeitslosenquote droht die Gefahr, dass Estland für arbeitsintensive Wirtschaftszweige als Standort unrentabel wird. Bereits heute werden mangels qualifizierter Arbeitskräfte in Estland insbesondere durch die IT-Branche größere Projekte in die Ukraine vergeben. Deswegen legt die Politik gesteigerten Wert auf Innovation, Flexibilisierung des Arbeitsmarkts und die Lissabon-Agenda der EU.

Außen- und Europapolitik

Der Sturm der Entrüstung aus Moskau und seitens der Russischsprechenden in Estland wegen der Verlegung des Monuments des Bronzenen Soldaten an den Stadtrand von Tallinn hat sich mit dem Wiederaufbau des Monuments und der Beerdigung der Sowjetsoldaten auf dem nahe gelegenen Militärfriedhof beruhigt. Die Erinnerungsproteste ein Jahr später blieben fast unbemerkt. Auch ein ähnlich gelagerter Streitfall, die Entfernung eines

1 Estonian Economy 11, Nr. 5-6, 2007.

Monumentes in Narva zur Erinnerung an Rotgardisten, die 1919 versuchten, die Gründung der Republik Estland zu verhindern, wurde ohne Gewaltausbrüche abgewickelt.² Die wirtschaftlichen Konsequenzen waren jedoch beträchtlich: Ohne offiziell Sanktionen zu verhängen, übte Russland Druck aus, indem Exporte reduziert wurden, die bekannten estnischen Molkereiprodukte aus den Regalen der Moskauer Supermärkte verschwanden und lukrative Transitgeschäfte über Litauen umgeleitet wurden.

Die NATO-Mitgliedschaft Estlands führte dazu, dass die Allianz erstmals eine neue Institution im Baltikum gründete: Im Mai 2008 wurde beschlossen, das neue Verteidigungszentrum gegen Hackerattacken in Tallin zu festigen, nicht zuletzt als Reaktion auf die Internetangriffe im Vorjahr. Als Folgeschritt des EU-Beitritts gehört Estland seit Dezember 2007 zur Schengenzone und wurden hier sowie in den 23 anderen Schengenstaaten im März 2008 die Passkontrollen an Flughäfen abgeschafft. In diesem Rahmen gelang es Tallinn, für die Rädelsführer der Unruhen im letzten Frühjahr, die russische Jugendbewegung Naschi, ein Einreiseverbot in die Schengenzone zu bewirken.³ Zustimmung für die EU ist nach wie vor hoch unter den Einwohnern Estlands – 81% im März 2008. Die Zahl der Euro-Befürworter ist aber nur halb so groß.⁴ Nachdem im Mai 2006 bereits der Verfassungsvertrag von einer großen parlamentarischen Mehrheit ratifiziert wurde, erfolgte am 11. Juni 2008 auch die Ratifizierung des Reformvertrags von Lissabon mit nur einer Gegenstimme.

Zusammen mit den anderen Ostseeanrainerstaaten wehrt Estland sich gegen die Pläne des russischen Gazprom mit den deutschen Firmen E.ON und BASF für eine Nordstream Gaspipeline von Vyborg in Russland nach Greifswald über den Meeresboden. Neben ökologischen Bedenken überwiegen die Befürchtungen, Moskau könne den baltischen Staaten mit Lieferstopps drohen, um sich in (innen)politischen Fragen durchzusetzen, ohne dabei die Lieferungen nach Westeuropa zu beeinträchtigen.⁵ Folglich wurden Vorbereitungen für den Pipelinebau in Estlands Territorialgewässern kategorisch verboten. Außerdem bleibt Tallinn sehr interessiert am geplanten AKW-Neubau in Ignalina, räumt dabei Energiesicherheit eine höhere Priorität ein als den EU-Umweltrichtlinien, obwohl zunehmend auch in innovative erneuerbare Energiegewinnung und Technologie investiert wird.⁶

Insgesamt scheint sich die versuchte russische Einflussnahme und damit die politische Spannung zwischen Moskau und Tallinn von Minderheiten- auf Energiefragen zu verlagern. Da auch die russischen Nichtstaatsbürger spürbar vom nationalen Wirtschaftboom profitieren, verlieren die Diskriminierungsvorwürfe an Schärfe. So wurde zum Schuljahr 2007/2008 mit der Einführung des Estnischen als zweite Unterrichtssprache auf russischsprachigen Schulen begonnen. Dieser Parlamentsbeschluss von 1997 wurde durch vehemente Proteste zehn Jahre aufgehalten. Heute sehen aber auch die russischen Jugendlichen ein, dass sie nur mit estnischen Sprachkenntnissen oder einem Studium an einer estnischen Hochschule gute Karriereperspektiven in der prosperierenden neuen Heimat haben.

2 Baltic Times, 01.05.2008; Deutsche Welle, 11.10.2007; Baltic News Service, 18.02.2008.

3 Spiegel Online, 08.03.2008; New York Times, 30.01.2008.

4 TNS Emor-Umfrage im März 2008, <http://www.riigikantslei.ee/doc.php?73266>.

5 Deutsche Welle, 07.11.2007; 30.01.2008.

6 Presse Releases, Government of the Republic of Estonia, 11.10.2007.